

Der zweite Hainburgfeldzug

Auschützer schwärmen aus, um den Nationalpark Donauauen zu retten. Wiens SP-Chef Häupl fordert bereits eine Volksbefragung.

Sie kamen als Schwarzstorch und Purpurreiher, Rotbauchunke und Blaumeise, Eisvogel, Hundsfisch, Laufkäfer und Auhirsch: der Astronaut Clemens Lothaller, der Soziologe Roland Girtler, WWF-Präsident Karl Wagner, Künstlerin Kitty Kino, ÖH-Vorsitzender Markus Kaiser, die Grün-Gurus Bernd Lötsch, Gerhard Heilingbrunner – und natürlich Günther Nenning. Der Grund für die „Tierparade“ am Sonntag am Donaustrand vor Hainburg: Das 1984 in den Hainburger Auen niedergekämpfte Kraftwerk „östlich von Wien“ ist wieder in Diskussion. Der scheidende Verbund-General Walther Fremuth, sein Nachfolger Hans Haider und Donaukraft-Direktor Heinz Kaupa wollen die Donau östlich von Wien aufstauen. Und zwar gleich zweimal: Durch „kleine“ Kraftwerke bei Wildungsmauer und Wolfsthal, die, so Donaukraftdirektor Heinz Kaupa, mit einem „Nationalpark durchaus unter einen Hut zu bringen“ seien.

Vom Paulus zum Saulus. Heinz Kaupa zählte pikanterweise anno 1984 noch zu den erklärten Kraftwerksgegnern. Und bis zum heurigen Sommer war er – als Vorstand der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal – auch oberster Nationalparkplaner. Noch vor wenigen Monaten hielt er in einem Schreiben fest, daß „die Errichtung eines Auen-Nationalparks mit einer ein- und zweistufigen Stauhaltung in der Donau unvereinbar“ sei. Mit einer kleinen Einschränkung: „Bei der konkreten Gestaltung von Nationalparkvarianten ist es möglich, kleinere Stauhaltungen mit kürzeren Fließstrecken zu kombinieren, etwa ein Kraftwerk Wolfsthal II mit einer Fließstrecke von Wien bis Petronell oder ein Kraftwerk in der Höhe von Wildungsmauer mit einer stromab anschließenden Fließstrecke.“

Kaupa macht taktisch klug Stimmung für seine Ideen. Er



FOTOS: SCHUSTER (2), SCHRAMM, LEOPOLD

absolvierte Antrittsbesuche in den von einem Kraftwerk betroffenen Anrainergemeinden. Und unlängst besichtigte er mit den Bürgermeistern sämtliche Donaukraftwerke. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Landschaftsgestaltung rund um Stauseen gelegt.

Nationalparkplaner Reinhold Christian leistete sich dagegen schwere taktische Schnitzer. Mit fix und fertigen Konzepten, mit viel Wissen und Überzeugungswillen trat die Nationalparkcrew in den betroffenen Ortschaften auf. Unerwünschtes Abwehr-Resultat: eine breite Ablehnung



Auf ein neues. Ausschützer schlüpfen wieder in Tierkostüme. Von links: Karl Wagner (WWF), Markus Kaiser (ÖH), der Soziologe Roland Girtler, Günther Nenning, Gerhard Heilingbrunner, Bernd Lötsch. Am Baum: Astronaut Clemens Lothaller, Kitty Kino, Arlk Brauer. Ihr neuer Gegner: Donaukraft-Direktor Heinz Kaupa.

in den nördlichen Donaugemeinden. In Orth an der Donau stimmten 80, in Mannsdorf 86, in Eckartsau 77 und in Groß-Enzersdorf 74 Prozent gegen die Nationalparkidee. Wiens SP-Chef und Umweltstadtrat Michael Häupl kritisiert die „völlig verquere Informationspolitik“ Gerold Christians: „Es macht keinen Sinn, Leute mit Turnpat-schen, Flinkserln und langen Haaren ins Dorf zu schicken, damit sie denen dort draußen erklären, wie sie in Zukunft Landwirtschaft machen sollen.“ Prompt hat sich Niederösterreichs SP-Chef Höger für eine Ablöse des unglücklichen Nationalpark-Pro-motors Christian stark gemacht.

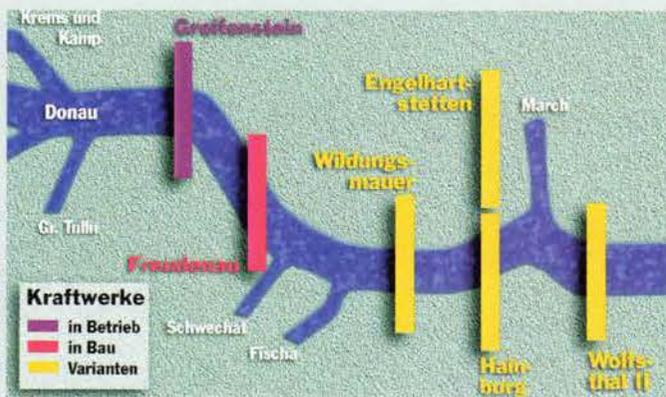
Nationalpark plus Kraftwerk? Für Michael Häupl, Nationalparkfan der ersten Stunde, ist der Nationalpark mit einem Kraftwerksbau unvereinbar – allerdings schränkt auch er ein: „Wenn mir jemand ein schlüssiges Argument für das Kraftwerk bringt, werd' ich mich damit auseinandersetzen.“

Argumente, an deren Erstellung ein 160köpfiger Planungstab arbeitet. Und das nicht gerade gratis. Bis heute sind, so Direktor Kaupa, gigantische 400 Millionen Schilling in die Planung des Donau-Ausbaus östlich von Wien geflossen. Das meiste davon in die Detailkonzepte des – bisher verhinderten – Kraftwerks Hainburg. Mindestens 70 Millionen wurden dafür ver-

GEBT: KARIN NETTA / QUELLE: DONAU-KRAFT

Die Pläne der Energiewirtschaft

Aus eins mach zwei oder drei Statt Hainburg soll Donau-Doppelkraftwerk kommen





WWF-Präsident Prinz Phillip: Demonstrativer Aubesuch am 24. Oktober.

► wendet, sogenannte „Machbarkeitsstudien“ für die Standorte Engelhartstetten, Wolfsthal und Wildungsmauer aufzustellen. Im Vergleich dazu: Für das gesamte Nationalparks-konzept wurden in den letzten drei Jahren 30 Millionen ausgegeben. Au-Aktivist Gerhard Heilingbrunner: „Das ist ein klarer Fall für den Rechnungshof. Denn die Regierung hat den Auftrag gegeben, einen Nationalpark zu planen – und nicht ein Kraftwerk.“

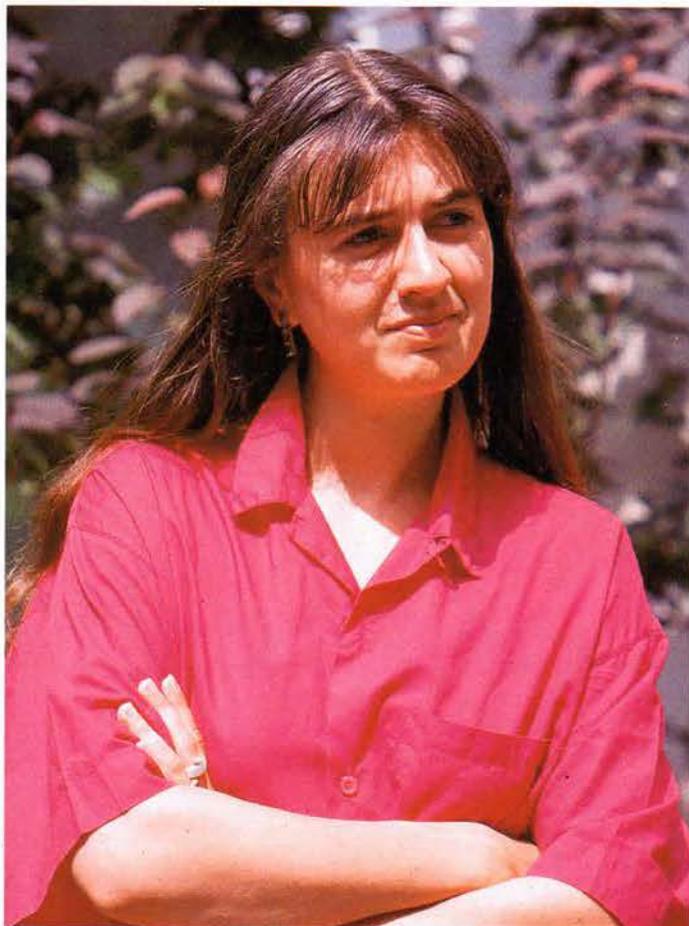
Michael Häupl will nun den verfahrenen Karren aus dem Dreck ziehen. Die nächsten einhalb bis zwei Jahre sollten dafür verwendet werden, die „Vereinbarkeit von Kraftwerk und Au völlig neu auszuloten“. Nach zwei Jahren, so Häupl, solle dann eine Volksbefragung durchgeführt werden.

Prinz Phillip in die Au. Die Beschützer mchen – im Jahr neun nach Hainburg – jedenfalls mobil. Prinz Phillip, der Präsident des internationalen WWF, wird am Sonntag die Au besuchen – und sich für deren Erhaltung sgtark machen. Vergangene Woche konstituierte sich eine Bürgerinitiative „SOS-Donauauen“, in der Politiker aller Parteien und zahlreiche Ökologen vertreten sind. Und am 8. Dezember wird es eine „Sternwanderung“ aller Naturschutzorganisationen nach Stopfenreuth geben. Gerhard Heilingbrunner gibt sich kämpferisch: „Wenn die wirklich bauen, sitzen wir unter Garantie wieder in der Au.“ Dem kann sich Umweltministerin Rauch-Kallat nur anschließen. Sie wolle zwar mit anderen Waffen gegen das Kraftwerk kämpfen, „aber im Zweifelsfall ist es in der Au sehr schön“.

OTHMAR PRUCKNER ■

Lobbying gegen Temelin

Die Grüne Monika Langthaler interveniert in Washington gegen das tschechische Kraftwerk. Noch steht sie ziemlich allein.



Macht in Washington gegen Temelin mobil. Ihre Gegner: die staatliche EXIM-Bank, der mächtige „Westinghouse“-Konzern und der Nationale Sicherheitsrat.

Monika Langthalers Optimismus hält sich noch in überschaubaren Grenzen. „Mit 20, höchstens 30 Prozent würde ich unsere Chancen einschätzen, diesen Wahnsinn noch einmal zu verhindern.“

Wenn die Abgeordnete der Grünen Anfang nächster Woche in Washington eintrifft, hat sie eine diplomatische Tour de force vor sich. Der Kalender ist voll von Terminen mit amerikanischen Kongreßabgeordneten, Senatoren, Mitarbeitern aus dem Clinton-Staff und Bankern. Zweck der Reise: die Verhinderung des Ausbaus des Kernkraftwerks in Temelin. Der relativ weite Umweg über die Vereinigten Staaten, um gegen ein grenznahes tschechisches Atom-Monster zu protestieren, ist deshalb

sinnvoll, weil die Zukunft des Kernkraft-Projekts gerade ebendort beschlossen wird. Die US-Firma „Westinghouse“ will das Ost-AKW erstmals mit westlicher Sicherheitstechnologie ausstatten und hat daher gemeinsam mit der tschechischen Regierung bei der staatlichen EXIM-Bank einen Kredit über 400 Millionen Dollar (also etwa 5 Milliarden Schilling) beantragt. Dieser Kredit muß nun vom US-Kongreß bewilligt werden.

Rundherum hat nun das große Lobbying mit ungleicher Kräfteverteilung eingesetzt. Neben der tschechischen Regierung und der Firma „Westinghouse“, die mit neuen amerikanischen Arbeitsplätzen für das Mammut-Projekt argumentieren kann, interveniert auch der Nationale



Nur wenige Kilometer vor Österreichs Grenze: das AKW von Temelin.

Sicherheitsrat. Dagegen stehen diverse Umweltschutzgruppen – und eben Langthaler.

Die Parade-Grüne hat bereits Anfang des Monats eine US-Reise unternommen und einige Abgeordnete und einen Senator gegen Temelin einnehmen können. Langthaler: „Es ist recht mühsam, aber im persönlichen Gespräch ist es denen schon klarzumachen, daß es unverantwortlich ist, in Europa ein AKW zu finanzieren, das in den USA nie bewilligt werden könnte. Und man muß ihnen auch klarmachen, daß ihre Bank voll haftbar gemacht wird, wenn es in Temelin kracht.“

Mittlerweile haben sich auch andere österreichische Spitzenpolitiker ihrem Protest angeschlossen. Wiens Bürgermeister Zilk schrieb ebenso wie Oberösterreichs Landeshauptmann Ratzenböck Briefe nach Washington, Bundeskanzler und Präsident unterstützen die Aktion, und der niederösterreichische Landeschef Pröll kontaktierte sämtliche Mitglieder des entscheidenden Finanzausschusses und bekam sogar schon eine ermutigende Antwort vom Vorsitzenden Henry Gonzales.

Langthaler ist aber mit der Schützenhilfe noch nicht zufrieden: „Briefe schreiben ist zwar nett, aber unsere Herren sind naiv, wenn sie glauben, daß ihre Appelle über die Mitarbeiterschreibtsche der Politiker hinauskommen. Sinn macht es nur, selbst nach Washington zu fahren und persönlich zu intervenieren.“

FOTOS: VOTAVA, ZACH-KIESLING, HERRGOTT

FOTOS: PRESSEBILDAGENT VOTAVA, ZACH-KIESLING, HERRGOTT